

03.12.2015

# Änderungsantrag

der Fraktion der CDU

zu der Beschlussempfehlung und dem Bericht  
des Haushalts- und Finanzausschusses  
Drucksache 16/10503

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksachen 16/9300 und 16/10150 (Ergänzung)

**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für  
das Haushaltsjahr 2016 (Haushaltsgesetz 2016)**

**hier:                      Kapitel 03 110                      Polizei**  
**Titel 514 02                      Dienst- und Schutzkleidung**

Erhöhung des Baransatzes

**2016**

**2015**

von	19.520.000 Euro	16.140.000 Euro
um	5.000.000 Euro	
auf	24.520.000 Euro	

## **Begründung:**

Nach den Terroranschlägen von Paris am 13.11.2015 sind aus Polizeikreisen erhebliche Zweifel daran geäußert worden, ob die Ausrüstung der nordrhein-westfälischen Polizei ausreicht, um entsprechende Einsatzlagen in unserem Bundesland bewältigen zu können. In einer Pressemitteilung der Gewerkschaft der Polizei vom 15.11.2015 heißt es dazu:

*„Trotz der ersten Fahndungserfolge der französischen Polizei bei der Suche nach den Hintermännern des Pariser Terroranschlags gehen Sicherheitsexperten davon aus, dass es*

Datum des Originals: 03.12.2015/Ausgegeben: 03.12.2015

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)

*auch in Deutschland zu einem ähnlich verheerenden Anschlag kommen kann. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) hat deshalb Innenminister Ralf Jäger (SPD) aufgefordert, alle Einsatzhundertschaften in NRW mit verstärkten Schutzwesten der Klasse 4 auszustatten. Bislang sind die verstärkten Westen nur für die Spezialeinsatzkräfte (SEK) vorgesehen. ‚Sollte es in Deutschland zu einem Terroranschlag kommen, sind die Einsatzhundertschaften neben dem SEK die Einheiten, die in vorderster Reihe bei der Suche nach den Tätern und deren Überwältigung eingesetzt werden. Deshalb müssen auch die Einsatzhundertschaften unverzüglich gegen den Beschuss durch großkalibrige Waffen geschützt werden, wie sie von den islamistischen Terroristen bei den beiden Terroranschlägen im Januar dieses Jahres und an diesem Wochenende in Paris eingesetzt worden sind‘, begründet der nordrhein-westfälische GdP-Vorsitzende Arnold Plickert die Forderung seiner Gewerkschaft.*

*Damit die neuen Schutzwesten schnellstmöglich zur Verfügung stehen, drängt die GdP darauf, dass die Westen ohne das sonst übliche europaweite Ausschreibungsverfahren angeschafft werden. ‚Wir brauchen die Westen sofort und nicht erst in zwei Jahren, nur weil irgendeiner Firma in Europa die eigenen wirtschaftlichen Interessen wichtiger sind, als der Schutz meiner Kolleginnen und Kollegen‘, sagte Plickert.“*

Anfang November 2015 hatte der Kölner Stadtanzeiger zudem über Beschwerden der 18 SEK-Kommandoführer in Nordrhein-Westfalen berichtet, die sich im Hinblick auf die terroristische Bedrohungslagen in einem Brandbrief selbst als nur „bedingt einsatzfähig“ bezeichnet hätten.

Wörtlich zitiert der Kölner Stadtanzeiger aus diesem Brief wie folgt: „Bei Betrachtung der aktuellen Ereignisse in Europa (...) bleibt festzustellen, dass die Spezialeinsatzkommandos heute nicht über die erforderliche Ausstattung/Ausrüstung zur Bewältigung dieser Lagen verfügen!“

Eine Erhöhung der Barmittel in diesem Bereich ist folglich dringend erforderlich, um die Polizei Nordrhein-Westfalen adäquat für den Anti-Terrorkampf ausrüsten zu können.

Armin Laschet  
Lutz Lienenkämper  
Peter Biesenbach  
Dr. Marcus Optendrenk  
Theo Kruse

und Fraktion